

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

Vorsitz	Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP)
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
Präsenz	36
Ort	Einwohnerratssaal, Gemeindehaus, 8 Stock
Entschuldigungen	Alex Heinemann (FDP) Bruno Kaufmann (FDP) Philipp Ammon (SVP) Ligia Vogt (SP)
Aufschaltung Axioma	26. Januar 2024
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 15. Februar 2024 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP) heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Gäste und die anwesenden Presvertreter zur 266. Sitzung willkommen.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Der National- und Ständerat wurde am letzten Wochenende neu gewählt. Unter den vielen Kandidatinnen und Kandidaten befanden sich auch Personen aus Windisch. Die Chancen einer Wahl waren eher klein, ob die Kandidierenden die persönlich gesetzten Ziele erreicht haben weiss ich nicht. Ich bin jedoch überzeugt, dass diese zur hohen Stimmbeteiligung von 50.5% in Windisch beigetragen haben. Diese liegt 3.6% über dem Durchschnitt der Schweiz.

Die Sitzung findet heute wieder im 8. Stock des Gemeindehauses statt. Entgegen den früheren Informationen ist es wieder möglich, den Saal für die Einwohnerratssitzungen einzurichten. Aus Sicherheitsgründen wurde die Bestuhlung gegenüber früher angepasst. Aufgrund der neuen Aufnahmetechnik wird nicht mehr am Platz, sondern am Rednerpult gesprochen.

Die Ersatzwahlen Wahlbüro, FiGPK und Präsidium FiGPK stehen am Anfang der Traktandenliste. Die Wahlen werden nacheinander abgehandelt und die Wahlzettel anschliessend eingesammelt. Bis zur Pause werden weitere Traktanden behandelt. Die Wahlzettel werden während der Pause ausgezählt und anschliessend die Resultate bekanntgegeben.

Für das Präsidium der FiGPK liegt noch kein Wahlvorschlag vor. Innerhalb der FiGPK sind Gespräche im Gange. Die Ersatzwahl wird deshalb auf das Ende der Traktandenliste verschoben in der Hoffnung, dass nächste Woche eine Kandidatur vorliegt.

Traktandenliste

Martin Gautschi (FDP): Die FDP-Fraktion beantragt, Traktandum 6 «Verpflichtungskredit Stellenanpassung» und Traktandum 8 «Budget 2024» abzutauschen. Aufgrund der Abhängigkeiten soll zuerst das Budget und erst anschliessend die Stellenaufstockung beraten werden.

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat lehnt die Änderung der Traktandenliste mit Stichentscheid des Einwohner-ratspräsidenten mit 17 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen ab und genehmigt die

Traktandenliste**Formatiert:** Deutsch (Schweiz)

- 1 Inpflichtnahme Reinhold Brand (FDP) als Mitglied des Einwohnerrates
- 2 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten
- 3 Ersatzwahl des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2022/2025
- 4 Ersatzwahlen FiGPK für den Rest der Amtsperiode 2022/2025
- 5 Verpflichtungskredit Reorganisation und Stellenanpassungen Gemeindeverwaltung
- 6 Verpflichtungskredit externe Betriebsführung Elektrizitätswerk
- 7 Budget 2024 der Einwohnergemeinde; Genehmigung
- 8 Verpflichtungskredit Gestaltungsplan «im Winkel»
- 9 Verpflichtungskredit Gestaltungsplan «Vorder Chilefeld»
- 10 Planungskredit für die Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch; Durch-führung und Nachbereitung der Testplanung
- 11 Interpellation Luzia Capanni (SP) «Parkplatzsituation Königsfelden»; Beantwortung
- 12 Motion Fraktionen SP und Grüne betreffend Bedarf und Finanzierung von Angeboten in der Suchthilfe im Bereich Schadensminderung und Risikominimierung; Überweisung
- 13 Motion Fraktionen Grüne und SP betreffend Finanzierung der familien- und schulergän-zenden Kinderbetreuung ab Kindergarten; Überweisung
- 14 Motion Fraktionen SP und Grüne betreffend Qualität der familien- und schulergänzen-den Kinderbetreuung und deren Verbesserung; Überweisung
- 15 Beantwortung von gestellten Fragen 25.10.2023
- 16 Ersatzwahl Präsidium FiGPK für den Rest der Amtsperiode 2022/2025
- 17 Wahl Einwohnerratspräsidium für die Präsidialperiode 2024 / 2025
- 18 Wahl Vizepräsidium des Einwohnerrates für die Präsidialperiode 2024 / 2025
- 19 Wahl von zwei Stimmzählern für die Präsidialperiode 2024 / 2025
- 20 Mitteilungen des Gemeinderates 25.10.2023
- 21 Neueingänge 25.10.2023

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

1 Inpflichtnahme Reinhold Brand (FDP) als Mitglied des Einwohnerrates

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP), nimmt gestützt auf die Bestimmungen des Geschäftsreglements des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2022/2025 in Pflicht:

- Reinhold Brand (FDP)

Alles Gute im Amt, viel Befriedigung und viel Erfolg.

2 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

-/-

3 Ersatzwahl des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2022/2025

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Anique Fehlmann zieht aus Windisch weg und tritt aus dem Wahlbüro zurück. Wenn junge Menschen politische Ämter übernehmen besteht das Risiko, dass ihr Lebensweg ausserhalb von Windisch weitergeht. Trotzdem ist es richtig, junge Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nachzuziehen. Besten Dank an Anique Fehlmann für den Einsatz. Ein Teil davon ist, dass man am Sonntagmorgen sehr früh aufstehen muss.

Als Ersatzkandidatin wird Jara Umbricht, Tochter von Philipp Umbricht, vorgeschlagen. Sie hat im August die Matura abgeschlossen, ist aktuell in einem Zwischenjahr und wird im Herbst 2024 mit dem Studium beginnen. Welche Studienrichtung ist aktuell noch nicht bekannt.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	36
Eingelegte Stimmzettel	36
Leere Stimmzettel	1
Ungültige Stimmzettel	0
In Betracht fallende Stimmzettel	35

Absolutes Mehr 18

Stimmen haben erhalten:

Jara Umbricht 35

Somit ist im ersten Wahlgang gewählt:

Jara Umbricht

4 Ersatzwahl FiGPK für den Rest der Amtsperiode 2022/2025

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Nach neun Jahren tritt Peter Hartmann aus der FiGPK zurück. In seinem Schreiben erwähnt er, dass er in dieser Zeit viel über die Gemeindepolitik gelernt hat. Ich danke Peter Hartmann für seinen engagierten Einsatz in der FiGPK. Seine grosse berufliche Erfahrung und seine externe Sichtweise waren für die FiGPK sehr wertvoll.

Ebenfalls per Ende Jahr tritt der Vizepräsident des Rates Daniel Brassel zurück, obwohl er dazu rechtlich nicht verpflichtet ist. Er hat die FiGPK während den schwierigen Corona-Zeiten souverän, oft online, geführt. Die FiGPK ist auf einem guten Niveau, besten Dank Daniel Brassel für den engagierten und kompetenten Einsatz.

Für die zu besetzenden Sitze gibt es zwei Kandidaten: Die FDP schlägt Erik Herlyn vor, die EVP Wolfgang Neumann.

Martin Gautschi (FDP): Die FDP freut sich Erik Herlyn für die FiGPK zu nominieren. Er wohnt an der Mülligerstrasse im selben Gebäudekomplex wie der FDP-Präsident. Er ist

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

54 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder. Ursprünglich war er deutscher Staatsangehöriger. Er ist in Holland geboren und besitzt heute die Schweizer Staatsbürgerschaft. Sein Leistungsausweis ist beachtlich. Er war als CFO und CEO von bedeutenden internationalen Konzernen in der Öl-Exploration tätig. Seit zehn Jahren ist er bei der KPMG Management Consulting tätig, nebenbei betreibt er noch zwei kleine Beratungsfirmen. Er kennt sich mit Zahlen aus und wir freuen uns, dass wir eine solch kompetente Person gewinnen konnten.

Stefan Fehlmann (EVP): Ich stelle gerne Wolfgang Neumann vor. Er wohnt seit 2014 in Unterwindisch. Er ist seit 37 Jahren verheiratet und hat drei erwachsene Töchter. Seit 2010 hat er ein eigenes Energie-Beratungsunternehmen. Er ist dipl. Ingenieur Maschinenbau-Verfahrenstechnik mit einem Bachelor auf Business-Administration und Betriebswirtschaft. Er ist bestens geeignet, die in der FIGPK entstandene Lücke zu füllen. Wir empfehlen ihn zur Wahl.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	36
Eingelegte Stimmzettel	36
Leere Stimmzettel	-
Ungültige Stimmzettel	-
In Betracht fallende Stimmzettel	36

Absolutes Mehr 19

Stimmen haben erhalten:

Wolfgang Neumann	36
Erik Herlyn	31

Somit ist im ersten Wahlgang gewählt:

Wolfgang Neumann
Erik Herlyn

5 Ersatzwahl Präsidium FiGPK für den Rest der Amtsperiode 2022/2025

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Wie erwähnt, liegt noch keine Kandidatur vor und es macht keinen Sinn, diese Wahl durchzuführen. Das Traktandum wird auf nächste Woche verschoben. Wir hoffen, dass die sieben Mitglieder der FiGPK eine Lösung finden, ein aktuelles Mitglied muss das Amt übernehmen.

6 Verpflichtungskredit Reorganisation Stellenanpassung Gemeindeverwaltung

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Windisch ist ein Kompetenzzentrum und eine attraktive Arbeitgeberin, welche sich durch zufriedene Mitarbeitende auszeichnet. Windisch hat ein zeitgemässes Führungsmodell mit schlanken Strukturen. Dieses hat wesentlichen Anteil an der Attraktivität und wurde im Rahmen der Verwaltungsanalyse als Erfolgsfaktor bezeichnet. Das operative Leitungsteam hat einen guten, abteilungsübergreifenden Zusammenhalt, die Zusammenarbeit ist sehr gut. So ist es in den letzten Jahren gelungen, die steigenden Herausforderungen ohne grössere Arbeitsausfälle aufgrund von Überlastung oder pendenten Projekten zu bewältigen. Als Beispiel: Die Abgänge im Elektrizitätswerk hatten keine grösseren Auswirkungen. Um möglichst schnell wieder Ruhe zu schaffen, hat der Gemeinderat, nebst dem Teil-Outsourcing an die IBB Energie AG, die Geschäftsführung der Abteilung der Verwaltungsleitung übertragen. Dies hat sich als Zwischenlösung bewährt, beansprucht aber die Verwaltungsleitung zeitmässig stark. Möglich war dies nur, weil die Bereichsleiterin Finanzen Marco Wächter im HR-Bereich entlastet, was zu einer zusätzlichen Belastung in der Abteilung Finanzen und Controlling geführt hat. Die Verwaltungsleitung muss Projekte in ihrem Aufgabenbereich immer wieder verschieben. Die Überarbeitung des Kommunikationskonzepts steht seit 2 Jahren an. Die Revision des Personalreglementes wurde inzwischen verzögert gestartet. Das sehr wichtige Informatik-Notfallkonzept lässt sich auf Dauer nicht aufschieben. Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass in absehbarer Zeit ein Strukturwechsel nötig ist. Einerseits sollen die Mitarbeitenden nicht überbelastet werden, andererseits soll den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen Hand geboten werden.

Im Zuge der bevorstehenden Pensionierung von Stefan Wagner wurde das Stellenprofil Gemeindeschreiber II überarbeitet und die Zusammenarbeit mit der Verwaltungsleitung neu geregelt. Einige Aufgabenbereiche des Gemeindeschreibers II werden neu organisiert. So wird das Thema Alter und Gesundheit der Abteilung Gesellschaft angegliedert, die Organisation von Gemeindeanlässen und die Bewilligungen von Anlässen aller Art werden neu durch die Sachbearbeitenden der Gemeindeganzlei übernommen. Die Gemeindeschreiberin wird neu für die ganze Vor- und Nachbereitung der Gemeinderatssitzungen zuständig sein, was ein grosser Vorteil ist. Diese Aufgabe wurde bisher vom Verwaltungsleiter wahrgenommen. Die Gemeinde- und Schulbibliothek wird neu der Gemeindeschreiberin unterstellt. Die Verwaltungsleitung ist nebst der Personal- und Verwaltungsführung, der Leitung von Projekten, sowie der Beratung des Gemeinderates auch für die Aufgabenbereiche Kommunikation und Informatik verantwortlich. Die Aufgaben werden immer komplexer, Politik und Bevölkerung wollen immer mehr in die Prozesse eingebunden werden. Ohne Vertrauen der Bevölkerung und der Politik können wichtige Geschäfte nicht umgesetzt werden. Die Kommunikation wird deshalb immer wichtiger. Um diesem Thema die notwendige Priorität zu geben, müssen die notwendigen Ressourcen vorhanden sein.

Es ist selten, dass ein Arbeitgeber mit 180 Mitarbeitenden keine eigene Personalabteilung hat. Bei uns ist dies Realität. Die gesamte Personalarbeit wird durch den Verwaltungsleiter und die Bereichsleiterin Finanzen, neben den anderen Aufgaben, bewältigt. Es hat in den letzten Jahren irgendwie funktioniert, diese Organisation hat aber keine Zukunft. Sowohl Vanessa Bächli, wie Marco Wächter, sind an ihren Belastbarkeitsgrenzen, dies war in den letzten zwei Jahren zunehmend festzustellen. Die Zusammenarbeit mit Marco Wächter ist angenehm, zwischen Verwaltungsleitung und Gemeindepräsidium gibt es viele Berührungspunkte. Während den letzten zwei Jahre hat die Angst zugenommen, dass Marco Wächter aufgrund der sehr hohen Belastung und Überlastung ausfallen könnte. In Zeiten des Fachkräftemangels ist eine Organisation ohne eigene Personalfachstelle nicht mehr zu verantworten. Will Windisch für das bestehende und zukünftige Personal weiterhin attraktiv bleiben, müssen entsprechende Ressourcen geschaffen werden. Nur eine Entlastung der Verwaltungsleitung in den erwähnten Bereichen erlaubt eine Umsetzung der neuen Organisation mit den bestehenden Strukturen. Voraussetzung ist jedoch die Schaffung der Personalfachstelle von 60% und die Bestätigung der bestehenden Pensen in der Gemeindeganzlei von 35%. Reserven sind

keine enthalten, diese Lösung basiert auf den finanziellen Möglichkeiten. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Verwaltung mit den geplanten organisatorischen Veränderungen und den zusätzlichen Ressourcen gut aufgestellt ist. Ich muss aber anfügen, dass eine Ablehnung des einen oder anderen Antrages dazu führt, dass die Reorganisation bei der Verwaltungsleitung und der Gemeindekanzlei nicht umgesetzt werden kann. Die dringend notwendige Entlastung der Verwaltungsleitung wäre nicht möglich, ebenso die Anpassungen beim Aufgabenbereich der neuen Gemeindegemeinschaft. Will sich die Gemeinde weiterhin dynamisch und zukunftsgerichtet entwickeln ist es zwingend, dass in der Verwaltung die notwendigen Anpassungen umgesetzt werden. Eine attraktive Arbeitgeberin kann gute Mitarbeitende behalten und gewinnen. Mit guten Mitarbeitenden ist die Unterstützung von Gemeinderat und Einwohnerrat gewährleistet, damit Ideen entwickelt und Projekte umgesetzt werden können. Damit tragen alle dazu bei, dass sich Windisch weiterhin als attraktive und fortschrittliche Gemeinde positionieren kann, die Annahme der Anträge ist ein erster Schritt. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Einwohnerrat genehmigt die Stellenplanerhöhung bei der Gemeindekanzlei von 35%.
2. Der Einwohnerrat genehmigt die Schaffung einer Personalfachstelle mit einem Pensum von 60%.
3. Der Einwohnerrat genehmigt die Stelle der Koordinationsstelle Alter mit einem Pensum von 50%.
4. Der Einwohnerrat genehmigt einen jährlichen Verpflichtungskredit von CHF 110'000.00 und einmalige Ausgaben von CHF 8'500.00 für die beantragte Stellenplanerhöhung.

Ich danke dem Einwohnerrat für die Unterstützung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Vidic Novica (SVP): Die Begründungen für die Pensenerhöhungen sind aufgrund der Botschaft und den Erläuterungen der Gemeindepräsidentin nachvollziehbar. Uns fehlt,

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

welche Auswirkungen die Verschiebung der Lohnbuchhaltung auf die Pensen der Abteilung Finanzen hat. Eine Aussage, ob Pensen bei der Abteilung Finanzen eingespart werden können, fehlt und die Botschaft somit nicht vollständig. In der heutigen Zeit ist es relevant, allfälliges Sparpotential aufzuzeigen. Deshalb beantragt die SVP Rückweisung, damit die Botschaft vervollständigt und nochmals unterbreitet werden kann.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Es liegt ein Ordnungsantrag vor. Wer sich bereits gemeldet hat, darf sich noch zur Sache äussern. Anschliessend diskutieren wir über den Rückweisungsantrag.

Martin Gautschi (FDP): Die FDP-Fraktion ist vom Budget 2024 enttäuscht, Grund des Antrags für die Änderung der Traktandenliste. Es liegt kein ambitioniertes Budget vor, trotz Verständnis für die HR-Stelle mit dem Grundsatz, dass 100 Mitarbeitende 100% einer HR-Stelle entsprechen. Wir erwarten grössere Anstrengungen die Kosten der HR-Stelle an anderen Orten einzusparen. Wir nehmen die Belastung von Verwaltungsleiter Marco Wächter und die notwendige Schaffung der HR-Stelle zur Kenntnis, diese muss mit Einsparungen kompensiert werden. Diesbezügliche Anstrengungen fehlen uns. In Verknüpfung mit dem Budget vermissen wir Verzichtspläne. Es gibt Bereiche, welche nicht zwingend durch die Verwaltung zu erfüllen sind, Massnahmen zur Einsparung von Stellenprozenten sind umzusetzen. Beim Elektrizitätswerk gibt es weniger Angestellte, dementsprechend weniger Aufgaben für die Verwaltung. Es ist aufzuzeigen, wo Einsparungen möglich sind. Auch mit einer HR-Stelle können Aufgaben reduziert werden. Wir unterstützen den Rückweisungsantrag und lehnen die drei Anträge ab.

Stefan Fehlmann (EVP): Für die EVP ist klar, Stefan Wagner kann nach über 30 Jahren nicht einfach eins zu eins ersetzt werden. Der Zeitpunkt für die Reorganisation ist ideal und die EVP findet das gewählte Vorgehen gut. Die Situation wurde gut geprüft und im Rahmen der Möglichkeiten wird gehandelt. Gemäss Martin Gautschi entsprechen 100 Mitarbeitende einer Vollzeit-HR-Stelle, in Windisch sind es 180 Mitarbeitende. Die Botschaft ist gut ausgearbeitet, der zusätzliche Bedarf ausgewiesen. Sollte das Leitungsteam ausfallen wäre dies voraussichtlich ein grösserer Schaden als die vorgeschlagene Unterstützung. Die EVP unterstützt die Anträge des Gemeinderats und lehnt den Rückweisungsantrag ab.

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Ich kann das Votum von Stefan Fehlmann nur unterstützen. Ergänzend zur HR-Stelle: Verwaltung und Privatwirtschaft stehen vor grossen Herausforderungen, die Babyboomer gehen in Pension. Der Fachkräftemangel wird sich noch verstärken und Stellen werden nicht mehr einfach schnell besetzt werden können. Es gibt nur einen Stefan Wagner auf dieser Welt. Die Lücke wird von der Generation Z aufgefüllt. Wir kennen die anderen Ansprüche vielleicht von zu Hause, heute wird 80% gearbeitet, in Zukunft werden es noch 60% sein. Dies macht die Sache nicht einfacher. Wer weiterarbeitet muss die psychische Gesundheit beachten und es gilt unserer Personal Sorge zu tragen. Das ist unser Kapital, die Herausforderungen werden sicher nicht abnehmen. Die Stelle ist mit 60% wohl eher zu tief angesetzt. Die Mitte stimmt den Anträgen zu.

Ueli Widmer (SP): Für die SP sind die Anträge für die Schaffung der Personalfachstelle und der Koordinationsstelle Alter grundsätzlich begründet. Akut scheint der Bedarf, insbesondere einer Personalfachstelle, aus zwei Gründen zu sein: Es mutet in der heutigen Zeit etwas archaisch an, wenn eine Gemeindeverwaltung mit 173 Mitarbeitenden oder 82 Vollzeit-Äquivalenten den Personalbereich so nebenbei führt. Eine Professionalisierung ist zwingend notwendig. Der Zuständigkeitsbereich des Verwaltungsleiters ist zweifelsfrei zu gross und eine Entlastung unabdingbar. Eine Personalfachstelle bringt eine spürbare Entlastung. Trotz angespannter finanzieller Situation ist der ausgewiesene Ressourcenbedarf nach Auffassung der SP-Fraktion zu decken. Sparübungen dürfen nicht zu Lasten der Gesundheit des Gemeindepersonals gehen. Gewünscht hätten wir uns, dass der Fokus und die Begründung nicht nur auf Windisch ausgerichtet sind. Ein Vergleich mit Gemeinden in ähnlicher Situation fehlt. Dies wäre für den Einwohnerrat bei der Einordnung der zusätzlich beantragten Stelle hilfreich gewesen. Die SP-Fraktion stimmt den Anträgen zu und lehnt den Rückweisungsantrag ab.

Abstimmung Rückweisungsantrag Novica Vidic (SVP)

Der Einwohnerrat lehnt den Rückweisungsantrag mit 10 Ja - gegen 25 Nein-Stimmen ab.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Der Rückweisungsantrag ist abgelehnt worden. Es geht nicht nur um eine Stellenplanerhöhung. In den letzten Jahren wurden bei allen Abteilungen minimale Anpassungen vorgenommen. Ich erwähne die Raumplanung bei der Planung und Bau, die Schulsozialarbeit und die Integration bei den Sozialen Diensten und die Zusammenführung von Finanzen und Steuern in die Abteilung Finanzen und Controlling. Das Personal ist so flexibel, dass man sich gegenseitig bei Arbeiten aus den Bereichen Finanzen oder Steuern aushilft. Es ist nicht selbstverständlich, macht aber die Arbeit interessanter. Sobald wir Abgänge haben, werden sich bei der Flexibilität grössere Probleme abzeichnen. Gestützt auf die 4-jährige Strategie des Gemeinderates geht es heute um die Abteilung im Parterre. Die Nachfolge von Stefan Wagner wurde hinausgezögert, um sie im Rahmen seiner Pensionierung sorgfältig aufzuarbeiten und zu prüfen. Zu erwähnen ist, dass die Überstunden dieser Abteilung bei der Beratung der Jahresrechnung wiederholt reklamiert wurden. Diese Überstunden entstehen aufgrund der unterdotierten Pensen. Der Gemeinderat hofft, dass er mit dieser Pensenanpassung der Realität näherkommt. Die Zukunft wird zeigen, ob wir es schaffen. Die neue Gemeindeschreiberin wird sich einarbeiten müssen. Dies braucht Zeit und Energie, auch wenn es die gleichen Programme sind, jede Gemeinde organisiert die Abläufe und Inhalte aber anders. Bis sie voll eingearbeitet ist, werden zwei Jahre vergehen.

Mit der Verwaltungsanalyse wurde erst begonnen, der Benchmark zum besseren Vergleich gibt es noch nicht. Die Aussagen der Beratungsfirma sind klar: Unsere Verwaltung ist personalmässig im unteren Drittel. Dies gilt es zu beachten, auch wenn uns finanziell eine schwierige Zeit bevorsteht. Der Gemeinderat geht mit den Mitteln umsichtig um und das Personal hat dafür Verständnis. Diesem gilt es wirklich Sorge zu tragen.

Martin Gautschi (FDP): Die Wirtschaft beweist, dass keine neuen Stellen auf Vorrat geschaffen werden sollen. Ist die neue Gemeindeschreiberin ein halbes Jahr im Amt wird sich zeigen, ob eine Stellenanpassung notwendig ist und eine Stellenaufstockung kann immer noch geprüft werden. Eine Stelle auf Vorrat zu schaffen entspricht nicht einer modernen Organisation. Es ist Aufgabe des Verwaltungsleiters die Situation zu analysieren und sofern notwendig, eine neue Stelle zu beantragen.

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Es werden keine neuen Stellen auf Vorrat geschaffen. Der Stellenbeschrieb Gemeindeschreiber II wurde überarbeitet und der Situation angepasst. Es ist nicht möglich, dass die Nachfolgerin alle Arbeiten von Stefan Wagner übernehmen kann. Es werden mehr Personen benötigt. In der aktuellen Situation bestand immer das Risiko, dass bei Ferienabwesenheiten oder Krankheiten Arbeiten, beispielsweise die Einwohnerratssitzung, nicht mehr gewährleistet werden können. In dieser Position sind viele Arbeiten angesiedelt, welche verteilt werden müssen. Die einfachen Arbeiten werden neu durch die Sachbearbeiter der Kanzlei bearbeitet und nicht mehr bei einer sehr gut ausgebildeten Person.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt die Stellenplanerhöhung bei der Gemeindekanzlei für 35%.

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt die Schaffung einer Personalfachstelle mit einem Pensum von 60%.

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt die Schaffung der Stelle der Koordinationsstelle Alter mit einem Pensum von 50%.

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt einen jährlichen Verpflichtungskredit von CHF 110'600.00 und einmalige Ausgaben von CHF 8'500.00 für die beantragten Stellenplanerhöhungen.

7 Verpflichtungskredit externe Betriebsführung Elektrizitätswerk

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Der Gemeinderat hat einen geänderten Antrag zugestellt. Einerseits wird das Geschäft gemäss Gemeindeordnung der Volksabstimmung unterstellt, andererseits der Verpflichtungskredit reduziert. Der Bericht der FiGPK basiert auf dem ersten Antrag. Ein aktueller FiGPK-Bericht liegt nicht vor, die kurzfristige Änderung liess dies nicht mehr zu. Schade, dies behindert die Vorbereitungen und Beratungen des Einwohnerrates in den Fraktionen.

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Der Gemeinderat hat folgendes Legislaturziel formuliert: «Die strategische Ausrichtung des Elektrizitätswerks haben wir geklärt, sowie die Organisations- und Rechtsform überprüft.» Aufgrund verschiedener Umstände fehlen uns seit letztem Jahr die Fachkräfte, um die notwendigen Tätigkeiten effizient auszuführen. Das Elektrizitätswerk ist zu klein, um unseren Mitarbeitenden langfristige Perspektiven zur Weiterentwicklung bieten zu können. Es musste schnell eine Lösung gefunden werden, um den operativen Betrieb aufrechtzuerhalten. Seither unterstützt uns die IBB in diesem Bereich.

Vor einem Jahr hat der Gemeinderat entschieden, die Fraktionen in den Prozess der Entscheidungsfindung einzubeziehen. In vier Workshops sind alle Vor- und Nachteile verschiedener Optionen abgewogen worden und hat es sich gezeigt, dass die externe Betriebsführung die beste Lösung ist. Die in den Workshops gemeinsam formulierten Ziele sind Bestandteil der Botschaft. Diese Ziele fliessen in die Eigentümerstrategie ein und geben die Leitplanken für die Entwicklung des Elektrizitätswerkes. Der Gemeinderat hat praxisgemäss die Eigentümerstrategie in einem moderierten Prozess erarbeitet. Die Vernehmlassung bei den Einwohnerratsfraktionen ist im Gange. Die Auslagerung der Betriebsführung an einen externen Dienstleister ist für den Gemeinderat die sinnvollste Lösung. Unverändert ist die Herausforderung genügend qualifiziertes Personal für die Erledigung der anstehenden Arbeiten zu finden. Die Auslagerung bietet die Chance, vom Fachwissen und den Ressourcen eines erfahrenen Partners zu profitieren. Ganz wichtig: Die strategische Führung bleibt in unseren Händen. Der Gemeinderat

wird eine Betriebskommission installieren. Diese sichert die Schnittstellen zwischen externer Betriebsführung und Gemeinde und überwacht die Umsetzung der vereinbarten Dienstleistungen. Die Kontrolle über das Elektrizitätswerk bleibt bei Gemeinderat und Einwohnerrat. Die Entscheide werden weiterhin im Interesse der Gemeinde gefällt. Die Ausschreibung ist gut vorbereitet, die Vergabekriterien sind festgelegt und die Arbeiten detailliert beschrieben. Die Unterlagen konnten im Axioma eingesehen werden. Der Gemeinderat erwartet deshalb Angebote mit hoher Qualität, die Standards werden sicher erfüllt.

Zur Vertragslänge: Seit 1. Juli 2021 gilt im Beschaffungswesen neues Recht. Das Dekret regelt in Artikel 15, Absatz 4, dass die Laufzeit bei einem Auftrag in der Regel fünf Jahre nicht überschreiten darf. Wir haben eine Laufzeit von 4,5 Jahren vorgesehen, anschliessend müssen die Tätigkeiten neu ausgeschrieben werden. Der Gemeinderat wird unter Einbezug der Betriebskommission eine Überprüfung vornehmen.

Der Gemeinderat bittet die Vorlage zu unterstützen um sicherzustellen, dass der Betrieb des Elektrizitätswerkes auch in Zukunft gewährleistet ist. Diese Basis ist nötig, um die gemeinsam definierten Ziele zu erreichen. Der Beschluss des Einwohnerrates unterliegt dem obligatorischen Referendum, die Abstimmung findet voraussichtlich im Januar statt. Stimmt der Einwohnerrat dieser Vorlage zu, wird auch das Volk zu diesem Entscheid stehen.

Die Formulierung des Antrages hat zu Diskussionen geführt und er wurde dem Rechtsdienst der Gemeindeabteilung beim Kanton unterbreitet. Die Richtigkeit wurde bestätigt, um Unklarheiten zu vermeiden, wurde der Antrag umformuliert: «Der Einwohnerrat genehmigt das Outsourcing des operativen Betriebes des Elektrizitätswerks Windisch am 1. Juli 2024 und stimmt dafür einem Verpflichtungskredit von jährlich CHF 642'000.00 inkl. MwSt. zulasten der Spezialfinanzierung Elektrizitätsversorgung zu.» Der Gemeinderat bittet diesen Antrag zu genehmigen.

Novica Vidic, Sprecher FiGPK (SVP): Wie erwähnt, sind die zusätzlichen Informationen nicht in die Beratungen der FiGPK eingeflossen. Trotzdem erachtet die FiGPK die Botschaft und den Antrag als beschlussfähig. Die FiGPK kann das Resultat der vom Gemeinderat durchgeführten Workshops nachvollziehen, ebenso die Kosten, das Einsparungspotential und das Outsourcing. Sinnvoll wäre, ein Ziel für die zu erreichenden Kosteneinsparungen zu definieren. Die FiGPK empfiehlt dem Antrag zuzustimmen.

Eintreten ist unbestritten.

Fredy Bolt (SP): Unbestritten ist, dass die Arbeiten des Elektrizitätswerkes, die Stromversorgung und die notwendigen Investitionen ins Netz, wieder auf ein stabiles Fundament gestellt werden müssen. Der jetzige, eher bedauerliche Zustand kann trotz Unterstützung der IBB nicht andauern. Auf die Ursachen des Niedergangs des Elektrizitätswerks gehe ich nicht näher ein.

Für die SP ist die beantragte Auslagerung der operativen Tätigkeit ein gangbarer Weg. Alternativen gibt es im Moment keine. Die Vorlage schiesst über das Ziel hinaus, der operative Teil soll unbefristet ausgelagert werden. Dies war nach unserem Verständnis nicht die Meinung in den Workshops. Die Möglichkeiten des Einwohnerrates, auf die Zukunft des Elektrizitätswerks Einfluss zu nehmen, werden massiv reduziert. Die Botschaft zeigt, dass sie aus Not entstanden ist. Sie ist nicht stimmig, normalerweise haben die Eigentümerstrategie und die Rechtsform massgebenden Einfluss auf das Pflichtenheft, den Leistungskatalog und den Preis des externen Betreibers. Die Eigentümerstrategie und die Rechtsform liegen noch nicht vor, alles ist sehr offen. Die zukünftigen Schnittstellen zwischen Gemeinderat, Betriebskommission, Beraterfirma, externem Dienstleister und Verwaltung sind im Moment unklar. Die spätere Definition ist sehr anspruchsvoll und beinhaltet Konfliktpotential. Wir haben den Eindruck, dass die Verwaltung die Organisation und die Koordination der zukünftigen Abläufe in und um das Elektrizitätswerk massiv unterschätzt. Aus diesen Gründen soll der Kredit nur für die Zeit der ersten Ausschreibung, also bis Ende 2028, bewilligt werden. Wir stellen folgenden Zusatzantrag: «Der jährliche Verpflichtungskredit wird für 4,5 Jahre bis Ende 2028 genehmigt.» In dieser Zeit sind offene Fragen zu klären, ebenso wird sich zeigen, wie die Strategie des Elektrizitätswerks operativ umgesetzt werden kann. Die Rechtsform und die Erfahrungen werden uns helfen zu evaluieren, ob sich dieses Outsourcing bewährt. Ein Entscheid über die zukünftige Betriebsführung kann ohne Notsituation und ohne Zeitdruck auf der Basis von Erfahrungen gefällt werden. Mit der zeitlichen Limitierung des Kredits erhält der Gemeinderat den notwendigen Handlungsspielraum, das Elektrizitätswerk zu führen. Der Einwohnerrat hat weiterhin Einfluss, wie das Elektrizitätswerk langfristig betrieben werden soll. Ich bitte dem Zusatzantrag zuzustimmen. Im Grundsatz stimmt die SP-Fraktion der Vorlage zu.

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

Matthias Knecht (FDP): Es gibt nicht viel für oder gegen den Antrag der SP zu sagen. Man kann es auf beide Wege machen. Der Vertrag muss nach 4,5 Jahren ohnehin neu ausgeschrieben werden. Die wesentlichen Vorentscheidungen, beispielsweise der Verlust des Personals, findet bereits Mitte 2024 statt. Der Antrag der SP verhindert den Vorentscheid zur Form des Elektrizitätswerks nicht. Um dies zu verhindern, hätte der Einwohnerrat ein deutlich schnelleres Tempo einschlagen müssen. Die Rechtsformänderung hätte von 2018 bis 2022 geprüft werden müssen, um spätestens heute einen Entscheid zu fällen. Eigentlich müsste man sich gegen die Übergabe des Personals an einen externen Betreiber zur Wehr setzen. Wird das Personal an den externen Betreiber vermietet, wird es schwierig, dieses zu behalten. Es gibt somit nur einen Entscheid zu fällen. Bei der von der SP geforderten Befristung muss der Gemeinderat aktiv werden und die Verlängerung dem Einwohnerrat beantragen. Im andern Fall muss der Einwohnerrat aktiv werden und von seinen gesetzlichen Möglichkeiten Gebrauch machen. Ich meine, dass der Einwohnerrat aktiv werden soll. Es fördert die politische Diskussion, wenn der Einwohnerrat selbst aktiv ist und sich nicht einfach mit Botschaften aus der Verwaltung bedienen lässt. Das Elektrizitätswerk hat es verdient, dass sich der Einwohnerrat intensiv, selbständig und wiederkehrend damit beschäftigt. Wir sprechen von einem Werk, welches einmal CHF 24.7 Mio. wert war. Die FDP lehnt den Antrag der SP ab.

Heiko Loretan Künis (Die Mitte): Bei diesen 4.5 Jahren besteht ein Durcheinander, allenfalls folgen noch Ergänzungen vom Gemeinderat. Aus Sicht der Mitte muss ein Elektrizitätswerk zwei oder drei wesentliche Dinge tun. Es muss den Kunden zuverlässig Strom liefern, dieser muss nachhaltig beschafft werden und möglichst günstig sein. Die Mitte begrüsst das Outsourcing und stimmt dem Verpflichtungskredit zu. Zur geplanten Betriebskommission: Wichtig ist, die Kommission mit Fachkompetenzen zu besetzen und wir begrüssen, dass der Einwohnerrat konsultiert wird.

Fabian Schütz (SVP): Die SVP-Fraktion steht diesem Geschäft positiv gegenüber. Der Gemeinderat ist verantwortlich für die Eigentümerstrategie und für den Betrieb des Elektrizitätswerks. Die im Frühjahr durchgeführten Workshops stellen sicher, dass die Anliegen der Fraktionen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Die laufende Vernehmlassung hat das gleiche Ziel, obwohl eigentlich der Gemeinderat für die Eigentümerstrategie verantwortlich ist. Die Botschaft hat aber nicht die Eigentümerstrategie,

sondern den sicheren Betrieb des Elektrizitätswerks durch Outsourcing zum Inhalt. Es gibt aktuell und auch in Zukunft keine andere Lösung, wir sind zu klein, um geeignetes Personal zu finden. Die Anforderungen an die Elektrizitätswerke sind in den letzten Jahren gestiegen und diese müssen erfüllt werden. Dies wird sich in den nächsten 4.5 Jahren nicht ändern. Ein Outsourcing wird weiter notwendig sein. Analysten für die Auswertung von Smartmeterdaten, FinanzökonomInnen für den Einkauf der Energie, eine Führungsperson und für den Unterhalt verantwortliche Handwerker werden benötigt. Die Besetzung soll möglichst doppelt oder dreifach erfolgen, damit Vertretungen und Pikettdienste sichergestellt sind. Ich hoffe es ist allen klar, Windisch kann sich dies nicht leisten und wird es sich auch in Zukunft nicht leisten können. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag vorbehaltlos zu.

Matthias Knecht (FDP): Die FDP stuft die Botschaft als alternativlos ein. Wird sie abgelehnt, wird die Zusammenarbeit mit der IBB Mitte 2024 einfach weitergeführt. Der vorliegende Verpflichtungskredit löst die Probleme des Elektrizitätswerkes nur kurzfristig, die langfristigen Probleme bleiben. Die Strommarktliberalisierung ist offenbar um Jahre vertagt worden. Mit der Umstellung der Netze auf erneuerbare Energien ergeben sich neue Chancen, aber auch neue Probleme. Aus Sicht der FDP erschwert die fehlende Rechtsformänderung diese anzugehen, Chancen werden verpasst. Wir empfehlen dem Gemeinderat die Rechtsformänderung zu prüfen und die Entwicklung einer Strategie möglichst schnell umzusetzen, nötigenfalls parallel zu bearbeiten. Die FDP unterstützt den Verpflichtungskredit.

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Die Zeitdauer von 4.5 Jahren führt zu Verwirrungen. Da der Vertrag mit der IBB ausläuft werden 4.5 Jahre beantragt, anschliessend wird mit dem Dienstleister gestartet. Die Verträge werden jeweils auf 4 Jahre abgeschlossen. Die Rechtsform hat keinen Einfluss auf das Outsourcing. Dieses kann, wie in den Workshops erwähnt, als Eigenwirtschaftsbetrieb, als AG oder als selbständig rechtliche Anstalt erfolgen. Aktuell wird die Eigentümerstrategie mit den Zielen erarbeitet. Die Fraktionen haben mitgewirkt und können sich in der Vernehmlassung zur Strategie einbringen. Wir stehen somit keinesfalls erst am Anfang. Für den Gemeinderat und das Personal ist ein Entscheid wichtig. Das Personal braucht Sicherheit. Diese fehlt aktuell und wir können den Mitarbeitenden keine Perspektive geben. Gerade für das Personal wäre ein positiver Entscheid wichtig. In vier Jahren

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

muss der Gemeinderat eine neue Vorlage mit Verpflichtungskredit dem Einwohnerrat und allenfalls der Volksabstimmung unterbreiten.

Offene Abstimmung Zusatzantrag SP

Der Einwohnerrat fasst mit 20 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der jährliche Verpflichtungskredit wird für 4.5 Jahre bis Ende 2028 genehmigt.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt das Outsourcing des operativen Betriebes des Elektrizitätswerkes Windisch ab 1. Juli 2024 und stimmt dafür einem Verpflichtungskredit für 4,5 Jahre bis Ende 2028, von jährlich CHF 642'200.00 inkl. MwSt. zu Lasten der Spezialfinanzierung Elektrizitätsversorgung zu.

8 Budget 2024 der Einwohnergemeinde

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Das Budget ist die Haushaltsplanung eines Unternehmens und beinhaltet alle in diesem Zeitpunkt bekannten voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben für das nächste Jahr. Die wirtschaftlichen Einflüsse, wie der Zinsmarkt, die Arbeitslosigkeit und Abhängigkeiten, wie Corona, Energiepreise, die Krise in der Ukraine und in Nahost, aber auch Aufgabenkatalog und Kostenverschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden, sind in den letzten Jahren schwer abschätzbar geworden. Entwicklungen lassen sich im Zeitpunkt der Budgeterstellung nur erahnen. Ich wähle als Beispiel die Pflegefinanzierung. Beim Budget 2023 sind wir von einer Kostensteigerung von CHF 250'000.00 ausgegangen. Gestützt auf die Hochrechnung 2023 war im Budget 2024 eine weitere Erhöhung um CHF 495'000.00 nötig. Ob

diese Zunahme eintrifft, wir wissen es nicht. Wir verfolgen wie sich die Pflegestufen der Klienten oft monatlich verändern und sich die Kosten kurzfristig in die eine oder andere Richtung entwickeln. Soll der Budgetbetrag entgegen der Prognose tiefer angesetzt werden oder orientieren wir uns an der Hochrechnung 2023?

«Die Zukunft soll man nicht vorausschauen wollen, sondern möglich machen.» Dieser Spruch von Antoine de Saint-Exupéry widerspiegelt präzise, wie sich der Gemeinderat bei der Budgetdiskussion gefühlt hat. Die Bevölkerung und die Steuerkraft sind in den letzten Jahren gewachsen, nun stagniert die Ertragsseite, speziell die Steuereinnahmen. Bei den gebundenen Ausgaben stehen wir steigenden Kosten gegenüber: Restkosten Pflegefinanzierung, KESD, Restkosten Sonderschulung und auch im Bereich Bildung. Die Ausgangslage war beim Entwicklungsprozess der Vision Mitte ähnlich. Dank sorgsamem Umgang mit den finanziellen Mitteln, einer gewissen Zurückhaltung beim Ausbau von Dienstleistungsangeboten und klar definierten Investitionen in die Immobilien und Gebietsentwicklungen, ist es gelungen, eine Entwicklung im Wohnangebot und eine Stärkung der Steuerkraft zu erreichen. In den letzten Jahren konnte aufgrund dieser positiven strukturellen Entwicklung und der Ausgabendisziplin die Überschuldung abgebaut werden. In den letzten 4 Jahren wurden eigene Dienstleistungen im Rahmen des Möglichen erweitert, auf zukünftige Mehrkosten ausgerichtet und aufgebaut. Der Aufbau erfolgt immer im Rahmen der Budgetmöglichkeiten und des Finanzplans, somit unter Einbezug des Einwohnerrates. Wir wissen Alle, dass grosse Investitionen bevorstehen. Die Frage ist, wie gehen wir mit dieser Herausforderung um. Für den Gemeinderat hat diese Priorität, deshalb muss auf die eine oder andere Investition verzichtet werden. Investitionen in Entwicklung und Unterhalt zu stoppen bedeutet Stillstand. Es ist zielführender, das Tempo bei definierten Dienstleistungen zu verlangsamen und trotz Liquiditätsengpässen eine zukunftsgerichtete langsame Entwicklung zuzulassen. Diese Ziele können wir mit Verständnis, einer gemeinsamen Zielsetzung und Haltung erreichen. Ist der Einwohnerrat bereit, der Gemeinderat ist es. Wie hat er auf die veränderte schwierige Ausgangslage, sie ist nicht allzu negativ, reagiert? Er hat beschlossen, Budgetreserven im Umfang von CHF 205'000.00 zu streichen und Budgetkürzungen von CHF 1.2 Mio. vorgenommen. Dies vor allem in den Bereichen Neuanschaffungen und Ausbau Dienstleistungen, nicht aber bei den zukunftsgerichteten Entwicklungsprojekten. Der Gemeinderat führt eine konsequente Kostenkontrolle, wägt die Dringlichkeit von Anschaffungen ab, überprüft Leistungen auf Effizienz und Wirkung. Es

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

ist nicht möglich, bewilligte Dienstleistungen ohne Zustimmung des Einwohnerrates zurückzufahren oder einzustellen. Der Gemeinderat wird deshalb im Zeitraum Januar bis April 2024 vier Finanzworkshops durchführen. Unsere Ausgangslage und die Zielsetzungen sollen mit Vertreterinnen und Vertretern des Einwohnerrates diskutiert werden. Damit der Gemeinderat in den Workshops nicht gleichzeitig führen und Stellung nehmen muss, werden diese extern geleitet. Dies ist wichtig, da in den Workshops ein Konsens zwischen Politik und Exekutive gefunden werden muss. Die Abteilung Finanzen und Controlling wird als Vorbereitung bis Ende Oktober 2023 die gebundenen und ungebundenen Ausgaben in der Erfolgsrechnung analysieren, wo besteht Spielraum für Anpassungen bei den ungebundenen Ausgaben und den Einnahmen? Die Ergebnisse werden am 20. November 2023 der FiGPK vorgestellt. Die Handlungsschwerpunkte werden in Absprache mit der FiGPK festgelegt. Ein Stillstand bedeutet Rückschritt, wir haben deshalb dezidiert der Meinung, dass eine konsequente Zurückhaltung im Ausbau von Dienstleistungen in zwei bis drei Jahren eine gewisse Entspannung bringen kann. Eine Rückweisung des Budgets hat zur Folge, dass im November und Dezember mit den geplanten Finanzworkshops gestartet werden muss, um im Januar 2024 das Budget in einer ausserordentlichen Einwohnerratssitzung nochmals zu beraten. Will der Einwohnerrat diese Hektik? Diese Arbeit ist ohne Mitwirkung des Einwohnerrates nicht möglich, der Gemeinderat kann diese nicht übernehmen. Es braucht einen gemeinsamen Effort aller Beteiligten, Gemeinderat, Verwaltung und Einwohnerrat, um mehrheitsfähige Lösungen zu finden und auf eigene Vorstellungen und Wünsche zu verzichten. Die FiGPK hat die Situation auf den Punkt gebracht, besser geht es kaum. Das Budget 2024 ist mit einem Steuerfuss von 115% und einem Verlust von CHF 1,672 Mio. vom Gemeinderat am 21. August 2023 genehmigt worden. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat das Budget 2024 mit gleichbleibendem Steuerfuss zu genehmigen.

Daniel Brassel, Präsident FiGPK (EVP): Die FiGPK hat das Budget 2024 mit Erfolgs- und Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde, den Spezialfinanzierungen und der Kreditkontrolle geprüft. Das Budget ist vollständig, der Budgetierungsprozess nachvollziehbar und durch die Verwaltung ausführlich begründet. Die Prüfung hat keine wesentlichen Ungereimtheiten ergeben, das grosse Defizit ausgenommen. Der Verlust von CHF 1.7 Mio. macht keine Freude, sondern Sorgen, speziell aufgrund der Aussichten im Finanzplan. Es besteht dringender Handlungsbedarf, es braucht Massnahmen,

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

um das sich abzeichnende chronische Defizit zu reduzieren. Der Gemeinderat hat die Problematik sofort in Angriff genommen und im Hinblick auf die geplanten Finanzworkshops den Auftrag erteilt, die Erfolgsrechnung detailliert zu analysieren. Dieses Vorgehen ist für die FiGPK zweckmässig und zielführend. Sie unterstützt den Gemeinderat und wird in den Prozess einbezogen, ein erstes Treffen findet am 27. November 2023 statt. Vorausschauend auf diesen Prozess verlangen wir nachdrücklich eine wichtige Budgetierungstechnik. Die FiGPK hat in den letzten Jahren schon einige Stellen immer wieder darauf aufmerksam gemacht. «Zero based budgeting», dies heisst konkret, dass alle Ausgaben ab Null für das neue Jahr gerechtfertigt werden müssen, anstelle mit dem letzten Budget zu starten und bei Bedarf anzupassen.

3 Hinweise zu uns wichtigen Punkten im Bericht. Der erste Punkt: Es braucht einen gemeinsamen Effort aller Beteiligten. Gemeinderat, Verwaltung, Einwohnerrat, Kommissionen und weitere Betroffene müssen mehrheitsfähige Lösungen finden und auf eigene Vorstellungen und Wünsche verzichten. Wir werden über Ressourcen, Personal, Stellen, Erwartungen, Verzicht, Leistungsabbau, Risiken, Prioritäten und nicht zuletzt über den Steuerfuss diskutieren müssen. Der zweite Punkt: Die grossen Posten bei den nicht beeinflussbaren Kosten und der Transferaufwand müssen nochmals vertieft geprüft werden. In welcher Form kann auf die jeweiligen Positionen Einfluss genommen werden? Der dritte Punkt: Ein rigoroses Controlling und Kostenmanagement sind beim Neubau Schulanlage Dohlenzelg zwingend und strikt umzusetzen. Aufgrund der enorm hohen Investitionen sind alle erdenklich möglichen Anstrengungen zu unternehmen, den Kostenvoranschlag zwingend einzuhalten oder sogar zu unterschreiten. Besten Dank an Michael Schleuniger und sein Team für den ausführlichen Budgetbericht. Gestützt auf die Prüfung empfehlen wir einstimmig die Annahme des Budgets und danken Verwaltung und Gemeinderat für die angenehme Zusammenarbeit.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Besten Dank an die FiGPK für ihren Bericht und an Daniel Brassel für seine Ausführungen.

Das Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Fabian Schütz (SVP): Wenn man den Rechnungsabschlüssen vertraut und sich nicht zu fest in die Finanz- und Investitionsplanung vertieft hat, dann sieht die Situation rosig aus. Wäre dies geschehen, man hätte die Gründe für die guten Abschlüsse herausgefunden. Grosse Investitionen wurden in den letzten zehn Jahren nicht getätigt, CHF 7 Mio. für den Campussaal war die grösste Investition. Entstanden ist ein grosser Investitionsstau, in den nächsten acht Jahren müssen mindestens CHF 60 Mio. in die Infrastruktur investiert werden. Wir werden dabei über den kantonalen Finanzausgleich durch Gemeinden aus dem Aargau unterstützt. Wie sähe es aus, wenn wir alles alleine finanzieren müssten? Die SVP weist seit Jahren darauf hin, dass die finanzielle Situation weniger gut ist, als sie von aussen erscheint. Anträge, die Kosten auf Sparpotential zu evaluieren oder nicht dringend notwendige Budgetpositionen zu streichen, wurden alle abgelehnt. Stattdessen wurde mit der Botschaft für den Bau der Schulanlage Dohlenzelg Mitte Jahr kommuniziert, dass dieser ohne Steuerfusserhöhung realisiert und finanziert werden kann. Drei Monate nach der Annahme des Kredites durch das Volk geistert nun das Wort Steuerfusserhöhung durch Windisch und die Medien. Diese Situation ist alles andere als erfreulich.

Richten wir den Blick nach vorne: Positiv ist die Erkenntnis des Gemeinderates, dass die Finanzsituation nicht rosig ist. Er übernimmt jedoch nicht die Führung und legt ein ambitioniertes Budget mit Sparpotential vor, das Problem wird in die Zukunft verschoben. Die angekündigten Finanzworkshops mit dem Einwohnerrat, wo tief ins Detail eingetaucht wird, werden der Situation nicht gerecht und genügen nicht. Der Gemeinderat muss die Führung übernehmen und dem Einwohnerrat ein ambitioniertes Budget, inklusive Finanzplanung und Investitionsplanung, vorlegen. Es braucht eine Strategie zur Bewältigung der nächsten zehn Jahre mit den grossen Investitionen, ohne die Bürger mit einer Steuerfusserhöhung zu belasten. Das vorliegende Budget erfüllt dies nicht. Wir begrüssen, dass der Gemeinderat die Einmalausgaben genau geprüft hat. Ein weiteres grosses Problem sind die steigenden gebunden Kosten, welche das Budget stark oder noch stärker belasten. Wir werden mit Streichungsanträgen Korrekturen vorschlagen. Noch etwas Positives: Das Budget ist sauber erstellt und nachvollziehbar. Besten Dank an Michael Schleuniger und die Verwaltung.

Ulrich Widmer (SP): Die SP-Fraktion hat das Budget mit einer gewissen Besorgnis zur Kenntnis genommen. Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und tun, als sei alles in bester Ordnung. Falsch ist auch, in hektische Betriebsamkeit zu verfallen

und einzelne Beträge aus dem Budget zu streichen. Solche Streichaktionen sind in der Regel Symbolpolitik und die Einsparungen bewegen sich nach langen gehässigen Diskussionen im Bruchteil von Prozenten. Wir vertrauen Gemeinderat und Verwaltung, welche für das Budget verantwortlich sind, dass die Zitrone so ausgepresst wurde, wie es ein verantwortungsvoller Umgang mit den Finanzen zulässt. Der Vorschlag des Gemeinderates, Massnahmen in Finanzworkshops mit einem koordinierten und reflektierten Katalog auszudiskutieren, sind zielführender, als «Pflästerli-Politik». Entscheidend werden die grossen Posten sein, unter anderem wie erwähnt die Pflegefinanzierung, wo schon in den vergangenen Jahren ein grosser Anstieg zu verzeichnen war. Diese Posten sind prioritär zu prüfen und der Handlungsspielraum muss ausgelotet werden. Nicht zu vergessen ist, dass die Abschlüsse in der Vergangenheit positiv waren. Es kann durchaus sein, dass die getroffenen Annahmen im Budget zu pessimistisch sind. Ein Budget basiert nicht auf Fakten, sondern, vielleicht etwas despektierlich ausgedrückt, ist finanzielles «Kaffeesatz-Lesen», speziell im Einnahmenbereich. Im Oktober 2023 kann niemand mit Sicherheit voraussagen, wie die Welt im Herbst 2024 aussehen wird. Wie erwähnt, ist es Aufgabe von Legislative und Exekutive die Signale ernst zu nehmen und auf eine allfällige negative Entwicklung vorbereitet zu sein. Die SP-Fraktion wird dem Budget vor diesem Hintergrund zustimmen und verzichtet auf Anträge zu einzelnen Positionen. Wir danken Gemeinderat und Verwaltung für die wie immer aussagekräftigen und aufschlussreichen Unterlagen zum Budget 2024.

Isabelle Schneider (Grüne): Besten Dank an die Verwaltung und den Gemeinderat für die informativen und ausführlichen Unterlagen und an die FiGPK für den Bericht. Wir verzichten bewusst auf Detailanträge, obwohl uns die angespannte finanzielle Situation bewusst ist. Wir gehen davon aus, dass wir in den geplanten Finanz-Workshops ab Januar 2024 mitwirken können. Dem Gemeinderat geben wir für die Vorbereitung folgendes mit: Windisch soll mit umliegenden Gemeinden und mit Organisationen weitere Partnerschaften und Kooperationen eingehen, um Synergien zu nutzen und Kosten zu sparen. In der Botschaft zur Ausgliederung des Elektrizitätswerks ist zu lesen, dass die Nutzung von Synergien tendenziell zu tieferen Kosten führt. Das Sparpotential wird auf bis zu CHF 200'000.00 geschätzt. Beim RIF setzt der Gemeinderat ebenfalls auf einen Gemeindeverbund. Im Bereich Feuerwehr sind allenfalls weitere Fusionen möglich. Windisch arbeitet bereits mit Habsburg und Hausen zusammen, die Fahrzeuge und das

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

Material werden nur selten einsatzmässig verwendet. Bei einer Fusion, wie sie beispielsweise im Zurzibiet oder im Grossraum Baden erfolgt ist, lässt sich das Material effizienter einsetzen und die Kosten für Neuanschaffungen werden auf mehr Partner verteilt. Im Bereich Werkhof / Bauamt sind sicher Synergien für eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden vorhanden, ebenso bei den Sozialen Diensten. Die Analyse von Verwaltung und Gemeinderat soll deshalb die Aspekte des Synergiepotentials aus der zusätzlichen Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden berücksichtigen. Wir stimmen dem Budget 2024 zu.

Daniel Brassel (EVP): Die EVP hat sich mit dem Budget auseinandergesetzt. Wir können den Budgetbericht nachvollziehen und schätzen die gute Qualität. Besten Dank an die Abteilung Finanzen, den Gemeinderat und die Verwaltung. Die Finanzen bereiten auch uns Sorgen. Wesentliches Einsparpotential ist auf die Schnelle nicht sichtbar, ein Verzicht auf Ausgaben oder Leistungen bietet sich nicht an. Der von Gemeinderat, Verwaltung und FiGPK vorgeschlagene Weg erachten wir als notwendig. Es ist aktuell die einzige Möglichkeit, um mittel- oder langfristig gemeinsam nachhaltige Resultate zu definieren. Gemeinderat und Verwaltung benötigen Zeit, um im Budget 2025 greifbare Massnahmen umzusetzen, welche von Allen getragen werden. Eine Rückweisung des Budgets 2024 ist nicht zielführend, wir unterstützen das Budget in der vorliegenden Form.

Karin Hefti (FDP): Die FDP-Fraktion dankt Michael Schleuniger, der Verwaltung und dem Gemeinderat für das aussagekräftige Budget. Herzlichen Dank an die FiGPK für den professionellen Budgetbericht. Das «zero budgeting» wird als gangbarer Weg erachtet. Finanztechnisch sind das Budget und die Prognosen sehr genau und es liegt eine gute Informationsbasis vor. Für das Jahr 2023 wird ein Verlust von CHF 1 Mio. prognostiziert. Heute beraten wird das Budget 2024. Bei einem unveränderten Steuereffuss von 115% und einem Aufwand von CHF 34.5 Mio. wird ein operativer Verlust von CHF 1.94 Mio. und ein Gesamtverlust von CHF 1.67 Mio. ausgewiesen. Der budgetierte operative Verlust entspricht 11 Steuerprozenten, obwohl noch keine Abschreibungen für die Schulanlage Dohlenzelg anfallen und die Schulden tief sind. Die FDP-Fraktion hat eine intensive finanztechnische Diskussion geführt. Ist 2024 ein Ausnahmejahr und pendelt sich die Situation wieder ein, wenn sie in den Finanzworkshops angegangen

wird? Oder ist die vom Gemeinderat schön geredete finanzielle Situation ernst und erfordert grundsätzlich ein neues Handeln?

Ich fasse die finanzpolitische Einschätzung der FDP zusammen. Fakt ist, die Finanzplanung geht nicht auf. Der links-grüne Gemeinderat häuft Verluste an und versteckt sie kreativ in der Finanzstrategie «Kumulierte Finanzüberschüsse» > CHF 62 Mio. Der Gemeinderat missachtet die zwingende Vorgabe des mittelfristigen Haushaltgleichgewichtes. Es ist fünf nach zwölf und die Finanzen müssen saniert werden, Windisch muss handlungsfähig bleiben. Folgende finanztechnische Angaben:

Der Normsteuerertrag ist auf CHF 2'484.00 pro Einwohner gesunken, der kantonale Mittelwert auf CHF 2'899.00 gestiegen. Windisch hat bezüglich Steuereinnahmen ein strukturelles Problem, es fehlen Einnahmen. Wir haben kantonsweit bereits einen hohen Steuerfuss von 115%, in Brugg beträgt er 97%.

Die auf uns zukommenden sehr hohen Kosten für den Schulhausneubau müssen finanziert werden. Von 2024 bis 2026 werden rund CHF 33 Mio. höhere Kreditschulden budgetiert und für die Jahre 2023 bis 2033 kumulierte Verluste von CHF 25 Mio. prognostiziert, in den Jahren 2025 bis 2029 Verluste von mehr als CHF 3 Mio. pro Jahr.

Das mittelfristige Haushaltgleichgewicht ist tiefrot und wird in der gesamten Finanzplanperiode bis 2033 nicht eingehalten. 2024 beträgt das mittelfristige Haushaltgleichgewicht minus CHF 8.627 Mio., 2025 steigt es auf minus CHF 13.962 Mio., 2026 auf minus CHF 16.65 Mio., anschliessend auf über CHF 18 Mio. im 7-Jahresvergleich. Zur Erinnerung: Das mittelfristige Haushaltgleichgewicht verlangt, dass die Jahresrechnung über einen Zeitraum von 7 Jahren ausgeglichen sein muss. Ist dies nicht möglich, müssen entweder die Ausgaben reduziert oder die Einnahmen erhöht werden. Bei der Abstimmung über den Schulhausneubau wurde dem Stimmbürger versprochen, dass die Realisierung ohne Steuerfusserhöhung möglich ist, ein bewusster Umgang mit den Finanzen sei jedoch notwendig. Was dies konkret für die Einwohner bedeutet, dazu hat sich der Gemeinderat nicht geäussert und sich hinter der im November 2022 erschaffenen kreativen Finanzstrategie versteckt. Diese ignoriert das mittelfristige Haushaltgleichgewicht.

Der Gemeinderat schweigt auch heute. In der Annahme, dass die Einnahmenseite mit dem Steuerfuss von 115% nicht verändert werden darf, welche Möglichkeiten bestehen um notwendige Ausgabenkürzungen von CHF 2-3 Mio. jährlich vorzunehmen? Der Gemeinderat erachtet es als nicht sinnvoll, überstürzt und ohne politischen Dialog einen

Sanierungsplan zu erarbeiten. Nimmt der Gemeinderat damit stillschweigend eine Steuerfusserhöhung von 10% ab 2025 in Kauf?

Aus Sicht der FDP braucht es jetzt eine andere Denk- und Handlungsweise:

1. Das Budget 2024 ist zu wenig ambitiös. In einer ersten internen Überarbeitung wurden CHF 1 Mio. eingespart, weiteres massives Einsparpotential ist vorhanden. Es ist eine Verzichtplanung zu erarbeiten, Unnötiges zu streichen, dies kostet weniger Personalaufwand und weniger externen Aufwand. Der Gemeinderat ist gefordert nochmals zu handeln und das Budget 2024 substanziell zu verbessern.

2. Wir segeln in stürmischer See und es ist wichtig, dass der Gemeinderat die Segel setzt, eine konkrete Strategie und konkrete Sanierungsrichtung vorgibt. Der Gemeinderat muss seinen gesetzlichen Auftrag wahrnehmen, er muss eine Budget- und Finanzplanung mit mittelfristig ausgeglichenem Haushaltsgleichgewicht präsentieren. Zusätzlich ist ein konkreter Sanierungsplan vorzulegen. Die FDP erachtet es als unzulässig, die konkrete Sanierung an den Einwohnerrat zu delegieren. Der Gemeinderat hat mit der Verwaltung einen konkreten Sanierungsplan auszuarbeiten und dem Einwohnerrat zur Diskussion vorzulegen.

3. Bis zur Verabschiedung der konkreten Sanierungsmassnahmen dürfen keine neuen Aufgaben geschaffen oder Verpflichtungen eingegangen werden, ausser sie wären gesetzlich zwingend oder dringend.

4. Der Gemeinderat plant die Durchführung von Finanzworkshops. Die FDP bezweifelt angesichts der eingeschränkten Handlungsfähigkeit, dass dies zu einem brauchbaren Ergebnis führt. Bestehendes zu reduzieren wird keinen Nutzen bringen. Eine Lösung durch den Einwohnerrat ist nur möglich, wenn die Parteien bereit sind von ihren Positionen abzurücken und Kompromisse einzugehen. Links könnte dies bedeuten, dass auf bereits beschlossene ideologische Anliegen verzichtet wird. Rechts, dass Einnahmeverbesserungen akzeptiert werden.

Die FDP-Fraktion beantragt die Rückweisung des Budgets 2024. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er seinen gesetzlichen Auftrag wahrnimmt und ein Budget vorlegt, welches dem mittelfristigen Haushaltsgleichgewicht entspricht. Zum Schluss noch ein Zitat: «Wenn die Zeit kommt, in der man könnte, ist die vorüber, wenn man kann.»

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Die drei Personen der Mitte werden dem Budget 2024 vorbehaltlos zustimmen. Danke an die Verwaltung für die sehr guten Unterlagen, die Dokumentation und die kompetente Beantwortung von Fragen. Danke auch an

die FiGPK für den kompetenten Fachbericht und die Massnahmenvorschläge, eine sehr wichtige Beurteilung. Daniel Brassel hat die wesentlichen Punkte erwähnt, ich kann das Votum deshalb kurzhalten. Wir haben in der Fraktionssitzung einige Punkte diskutiert, einer ist speziell erwähnenswert. Der Beitrag an die Sozialen Dienstleistungen Region Brugg steigt um rund CHF 200'000.00 und es stellt sich die Frage, ob hier gespart werden kann. Der Kostenteiler basiert zu 80% auf den Einwohner-, zu 20% auf den Fallzahlen. Ohne fundierte Analyse ist hier keine Kürzung möglich, diese Aufgaben sind genau zu prüfen.

Zwei Punkte geben wir dem Gemeinderat auf den Weg: Grosse Investitionen kommen auf uns zu. Deshalb ist eine rigorose Kostenkontrolle und Überprüfung wichtig, gelegentliche Zwischenberichte wären hilfreich. Wie bereits von Isabelle Schneider erwähnt, sind Verhandlungen mit anderen Stakeholdern ins Auge zu fassen. Mit Augennase, aber auch mit genügender Strenge ist zu verhandeln, damit auch später noch eine Zusammenarbeit möglich ist. Wir begrüßen das proaktive Vorgehen, die Leistungsanalyse und die Durchführung der Finanzworkshops. Wir freuen uns bereits auf die Budgetdiskussion nächstes Jahr.

Offene Abstimmung Rückweisungsantrag FDP

Der Rückweisungsantrag der FDP wird mit 25 zu 11 Stimmen abgelehnt.

0120.3132.00 Exekutive, externe Beratungen und Honorare

Karin Hefti (FDP): Wir stellen einen Zusatzantrag. Für externe Berater, Gutachter werden CHF 30'000.00 budgetiert, davon sind CHF 20'000.00 für die Moderation der Finanzworkshops bestimmt. Gemäss Info-Veranstaltung vom 18. September 2023 plant der Gemeinderat nicht, als «Vorleistung» des Finanzworkshops einen konkreten Sanierungsplan vorzulegen. Was hindert den Gemeinderat angesichts der kritischen Finanzaussichten daran, seine Aufgaben wahrzunehmen und einen Sanierungsvorschlag, allenfalls mit externer Unterstützung auszuarbeiten und dem Einwohnerrat vorzulegen? Unser Zusatzantrag lautet: «Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Sanierungsplan mit konkreten Sanierungsmassnahmen vorzulegen, welcher die kantonalen Vorgaben des mittelfristigen Haushaltsgleichgewichts berücksichtigt. Der Einwohnerrat berät da-

nach die konkreten Sanierungsmassnahmen.» Der Gemeinderat muss seinen gesetzlichen Auftrag wahrnehmen, d. h. eine Budget- und Finanzplanung mit mittelfristig ausgeglichenem Haushaltsgleichgewicht präsentieren. Dazu gehört ein konkreter Sanierungsplan, das erhöht die Transparenz. Der Gemeinderat und die Verwaltung kennen die Ergebnisverbesserungspotenziale am besten. Der Gemeinderat soll aufzeigen, was er unter «bewussten Umgang mit den Finanzen» versteht. Anbei ein Zitat von Marie von Ebner-Eschenbach: «Wenn die Zeit kommt, in der man könnte, ist die vorüber, in der man kann.».

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Dieser Antrag ist in der Budgetdebatte nicht möglich. Er hat zwar das Konto zum Inhalt, der Antrag hat aber keinen Bezug zum budgetierten Betrag. Dieser Antrag ist in Form eines Vorstosses einzureichen. Das Haushaltsgleichgewicht einzuhalten ist eine gesetzliche Vorgabe, der Zusatzantrag ändert daran nichts. Die Beratung der Sanierungsmassnahmen durch den Einwohnerrat ist ebenfalls gesetzlich vorgegeben.

Fabian Schütz (SVP): Ich beantrage den Betrag um CHF 20'000.00 zu reduzieren. Der Einwohnerrat mit 40 Mitgliedern wird sich nicht darauf einigen können, wo Einsparungen gemacht oder Kosten reduziert werden, wenn dies der Gemeinderat nicht schafft.

Karin Hefti (FDP): Da kein Sanierungsplan vorliegt, beantragen wir ebenfalls die Kürzung des Betrages um CHF 20'000.00. Wo ist der Vorstoss zu platzieren?

Offene Abstimmung

Der Kürzungsantrag von SVP / FDP wird mit 14 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Fahrdienst Waldkindergarten

Luiza Capanni (SP): Wir beantragen, den Fahrdienst für den Waldkindergarten im Jahre 2024 weiterzuführen und die verschiedenen Positionen im Budget anzupassen. Kindergartenkinder sind zwischen 4 und 5 Jahre alt. Der Waldkindergarten wird von

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

Kindern aus allen Quartieren besucht, einmal pro Woche findet der Unterricht den ganzen Tag statt. Treffpunkt und Ausgangspunkt des Waldkindergartens ist das Schulhaus Dohlenzelg. Ab da gehen die Kinder in den Wald, je nach Weg benötigen sie dafür zwischen 12 und 20 Minuten. Kinder, welche nicht in der Nähe des Schulhauses Dohlenzelg wohnen, werden für den Weg zum Schulhaus Dohlenzelg bis in den Wald schnell 30 bis 40 Minuten benötigen. Die Schule empfiehlt, Elterntaxis zu unterbinden. Da der Schulraum in Unterwindisch nicht ausreicht, sind viele Kinder im Waldkindergarten eingeteilt. Mehr Schulraum bedeutet mehr Kosten. Das Aargauer Verwaltungsgericht hat mit Urteil vom 15. November 2018 bezüglich zumutbarem Schulweg folgendes festgehalten: «Für Kindergarten- und Unterstufenschüler (1. und 2. Klasse) ist es zumindest im Mittelland kaum mehr angemessen, wenn die Kindergartenkinder täglich 2 x 40 Minuten bzw. 4 x 40 Minuten für den Schulweg einsetzen müssen.» Der Schulbus transportiert aktuell Kinder, welche in der EK im Rütene Schulhaus beschult werden. Hier wird definitiv am falschen Ort gespart. Der Gemeinderat wird gebeten mit der Ausschreibung des Transports für den Waldkindergarten und für den Schwimmunterricht eine Senkung der Kosten zu evaluieren. Wir bitten diesem Antrag zuzustimmen. Da der Bus noch bis Ende Schuljahr fährt, ist ein zusätzlicher Betrag von CHF 12'700.00 für das zweite Halbjahr in das Budget aufzunehmen.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Der Antrag von Luzia Capanni betrifft diverse Konten. Alle für den Waldkindergarten budgetierten Kosten müssten verdoppelt werden, total sind es CHF 12'760.00. Der Abstimmung wird der Gesamtbetrag von CHF 12'760.00, und nicht einzelne Kontis, unterstellt. Der Änderungsantrag der SP lautet: «Es sei der Fahrdienst für den Waldkindergarten ab Sommer 2024 wieder einzuführen für zusätzliche Kosten von CHF 12'760.00.»

Offene Abstimmung Änderungsantrag SP

Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag mit 20 Ja- gegen 13 Nein-Stimmen zu.

5791.3130.01 Sprachliche Frühförderung

Fabian Schütz (SVP): Die sprachliche Frühförderung ist zu streichen und der Budgetposten auf CHF 76'000.00 zu reduzieren.

James Bruderer (FDP): Es war nicht mehr beabsichtigt, diesen Streichungsantrag zu beantragen, dies macht ohnehin keinen Sinn. Es erstaunt, der rot-grün-dominierte Gemeinderat beschliesst Einsparungen. Dann kommen aus dem Einwohnerrat Anträge, und die gestrichenen Kosten werden wieder ins Budget aufgenommen. Dieses Vorgehen ist speziell. Als das Budget noch positiv war, wurde der Vorwurf erhoben, dass Budget sei zu positiv. In der aktuellen Situation kommen Voten, dass der Gemeinderat zu negativ budgetiert hat und es sicher besser kommen wird. Die ganze Beratung lässt sich abkürzen, die Streichungsanträge werden ohnehin nicht angenommen.

5442 Jugendtreff

Karin Hefti (FDP): Es ist sinnvoll, über Streichungsanträge zu diskutieren. Wir stellen einen Streichungsantrag zum Konto 5442, Jugendtreff. Dieser ist seit August 2022 geschlossen, da kein geeignetes Personal gefunden werden kann. Der Jugendtreff wies nur kleine Besucherzahlen auf, trotzdem verursacht er einen Netto-Aufwand von CHF 116'000.00. Diese Stellenprozente können in der Gemeindeverwaltung, wo sie benötigt werden, besser eingesetzt werden. Die FDP beantragt, im Konto 5442 Jugendtreff den beeinflussbaren Aufwand, ohne Abschreibungen, und Ertrag zu streichen. Die finanzielle Situation erfordert eine Verzichtsplanung. Die Kosten für den seit August 2022 stillgelegten Jugendtreff können eingespart werden. Der Jugendtreff kann umgenutzt werden, beispielsweise für eine Nutzung durch Flüchtlinge. Das Gebäude liegt ausserhalb der Bauzone, kann aber tagsüber gemeinsam mit dem Kanton anders genutzt werden. Wir beantragen die Streichung der Kosten für den Jugendtreff von CHF 115'000.00.

Martin Gautschi (FDP): Dem Antrag von Luzia Capanni wurde zugestimmt, weil es Sinn macht. Nicht sinnvoll ist hingegen, diese Kosten können eingespart werden, das regionale Integrations-Förderprogramm. Die FDP vertritt die Meinung, dass Windisch nicht verpflichtet ist, dieses Pilotprojekt durchzuführen. Die Streichung hat keine negativen Auswirkungen, im Gegensatz zum Fahrdienst. Wir betragen, die Kosten von CHF 27'000.00 im Konto 5791.3612.00 zu streichen.

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

Mirjam Aebischer (SP): Dieser Antrag entspricht dem Antrag von Fabian Schütz. Nicht klar ist, was gestrichen werden soll.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Fabian Schütz beantragt die Streichung der sprachlichen Frühförderung vor dem Kindergarten.

Claudio Deragisch (SP): Der Antrag betreffend Jugendtreff kann und soll diskutiert werden. Tatsache ist, wir haben Jugendliche, die im Dorf leben. Schon länger gibt es keinen Jugendtreff und somit keine Jugendarbeit mehr. Die Tendenzen, wo dies hinführt, sind sichtbar. Am 04. Oktober 2022 gab es Sachschäden von mehreren zehntausend Franken. Jugendliche sind ins Schulhaus eingestiegen und haben randaliert. Eine Begründung dafür könnte sein, dass es für Jugendliche keine Angebote gibt. Sie sitzen beim Altersheim, rauchen am Abend, dies war früher ebenfalls so. In diesem Fall wurde jedoch der Zaun geschlossen und den Jugendlichen mitgeteilt, dass sie unerwünscht sind. Die Kosten für den Jugendtreff können budgetiert werden, dieser kann wieder aufgebaut werden. Schäden und Vandalismus können nicht budgetiert werden, diese Kosten entstehen spontan.

Offene Abstimmung Streichungsantrag Karin Hefti

Der Einwohnerrat lehnt den Streichungsantrag Karin Hefti «5442 Jugendtreff» mit 14 Ja- gegen 20 Nein-Stimmen ab.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Wir kommen zum Konto 5791.3130.01 «Sprachliche Frühförderung». Der Antrag von Fabian verlangt, dass dieses Konto auf CHF 76'000.00 gekürzt wird.

Luzia Capanni: (SP): Es gibt wenig bessere Investitionen, wenn die Kinder jung die Chance erhalten, in der Schule die gleichen Startbedingungen zu erhalten. Jedes Kind, welches infolge fehlender Ausgangsmöglichkeiten nach der Volksschule keine Lehre macht, verursacht Kosten von mindestens CHF 2'580.00/Jahr für den Besuch der kantonalen Berufsbildungsschule. Eine Einsparung bei diesen Kosten ergibt somit keinen Sinn. Wir müssen langfristig denken und überlegen, damit auf die Dauer Kosten eingespart werden können.

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

James Bruderer (FDP): Im Grundsatz kann ich dieser Aussage zustimmen. Hier geht es um ein Pilotprojekt, welches von 2021 bis 2024 dauert. Bei diesem Projekt sind die Gemeinden Mellingen, Leuggern, Stein, Unterentfelden und ein Gemeindeverband von 9 Projektgemeinden im Bereich Aarau-Süd dabei. Erkenntnisse zu diesem Projekt sollen im Frühling 2024 vorliegen und ausgewertet werden. Diese Ergebnisse sind abzuwarten, damit anschliessend zielgerichtet und aufgrund der Erkenntnisse und Vorgaben des Kantons gehandelt werden kann. Dann gibt es eine einheitliche Lösung in allen Gemeinden. Dies ist eher sozial, wenn alle Gemeinden nach diesen Erkenntnissen handeln und es für alle Kinder gleich ist. Jetzt ein eigenes Projekt mit eigener Auswertung mit einer Botschaft 2024 zu starten, das ist hinausgeworfenes Geld. Die Verwaltung hat viel Arbeit mit der Botschaft, anstatt abzuwarten, was von Seiten des Kantons zu diesem Projekt kommt. Anschliessend können wir zustimmen, dass Kinder mit mangelnden Deutsch-Kenntnissen die Sprache lernen können, bevor sie die Schule besuchen.

Fabian Schütz (SVP): Das Ziel ist gut, gleiche Chancen für alle sind gut, wichtig ist auch, dass Kinder nach Abschluss der Volksschule eine Lehre oder Ausbildung machen können. Das Problem ist, dass diese sprachliche Frühförderung nichts bringt. Es gibt viele Pädagogen, welche bestätigen, dass es in diesem Alter nichts bringt, zwei Mal pro Woche zwei Stunden den Deutschkurs zu besuchen. In diesem Alter kann die Sprache noch nicht gelernt werden.

Nadja Sträuli (GLP): Frühkindliche Sprachförderung ist wirksam, frühkindliche Sprachförderung ist der Schlüssel für weniger Probleme im Kindergarten, in der Schule und mehr Chancengleichheit bei der Lehrstellensuche. So können Sozialhilfekosten für die ganze Lebensdauer bis zu Pension gesenkt werden. Andere Länder machen uns dies vor. In Schweden muss jedes Kind, welches Schwedisch nicht als Muttersprache hat, mit 2 Jahren verpflichtend in die Sprachförderung. Das Projekt läuft schon länger erfolgreich in Gemeinden, es gibt keinen Grund zum Warten. Nicht deutschsprechende Kinder bereiten der Schule Probleme. Probleme gibt es später bei Jugendlichen, welche deshalb mangelhaft integriert sind. Ein anderes Thema ist der Deutschkurs für Erwachsene. Jeder Erwachsene ist fähig, selbständig zu lernen und selbständig Deutschkurse zu besuchen. Bei den Kindern, die Schwächsten, hat die Gemeinde eine Verpflichtung und Aufgabe, für die Chancengleichheit von Beginn an zu sorgen. Eine Einsparung

Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023

würde bei den Deutschkursen für Erwachsene mehr Sinn machen, als bei den Kindern. Diese sind bis ans Ende des Systems, bis zum Ende der Erwerbstätigkeit belastet.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Diese Frühförderung ist auf die Schule ausgelegt und darf bis zum Abschluss des Schuljahres 2024 gemacht werden. Die Kurse sind gut besucht und voll. Beantragt wurden sechs Kurse, davon laufen derzeit vier. Es ist wichtig, wie in den Voten erwähnt, dass die Chancen gegeben werden, was in Windisch gemacht wird. Für einige Kinder ist der Einstieg in die Schule schwierig. Es wird eine Botschaft folgen, damit der Einwohnerrat die Sache neu beurteilen kann. Eine Kürzung der Deutschkurse für Erwachsene ergibt keinen Sinn, diese werden vollumfänglich vom Kanton zurückerstattet.

Offene Abstimmung Antrag Fabian Schütz

Der Einwohnerrat lehnt den Kürzungsantrag um CHF 38'500.00 von Fabian Schütz zum Konto «5791.3130.01 Dienstleistungen Dritter» mit 8 Ja- gegen 24 Stimmen ab.

Kürzungsantrag 5791 Entschädigung an Gemeinden und Verbände

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Dieser Pilot startet am 1. Januar 2024 und ist vertraglich auf zwei Jahre befristet. Dies basiert auf dem Entscheid des Einwohnerrates über die Regionale Integrationsfachstelle.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Diese Verpflichtung erlaubt keine Streichung und der Änderungsantrag ist hinfällig.

6151.3049.01 Ökobons Gemeindeangestellte und Angestellte der Schule

Fabian Schütz (SVP): Diese Position ist zu streichen und das Reglement entsprechend anzupassen. Der Ökobonus ist nicht mehr zeitgemäss und bevorzugt Mitarbeitende, welche in der Nähe wohnen und tiefere Pendlerkosten haben.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Der Ökobonus wurde mit dem Mobilitätsmanagement in Kenntnis des Einwohnerrates durch den Gemeinderat eingeführt. Die

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

einen bezahlen, die anderen erhalten zurück. Der Betrag ist distanzabhängig und vom Verkehrsmittel abhängig. Es ist nicht so, dass die einen erhalten und die anderen nicht. Die Parkkarte ist nicht gratis, Einnahmen und Ausgaben sind ungefähr ausgeglichen. Es wurden viele Velos gekauft. Mitarbeitende welche mit dem Zug zur Arbeit kommen, können mit dem Velo im Dorf unterwegs sein.

Offene Abstimmung Fabian Schütz

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag von Fabian Schütz «Streichung Ökobonus», Konto 6151.3049.00 mit 12 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen ab.

7690.3636.00 Energiestadt Label

Fabian Schütz (SVP): Diese Position ist um CHF 3'000.00 auf CHF 800.00 zu reduzieren. Es ist wenig Geld, es betrifft das Label Energiestadt. Damit sind diverse Zusatzkosten verbunden. Bei einem Austritt können die Zusatzkosten von CHF 10'000 für das Re-Audit eingespart werden. Viele Gemeinden treten aus dem Trägerverein Energiestadt aus, weil es grosse Kosten verursacht, aber keinen Nutzen bringt. Der WWF stuft das Label gemäss Zitat in Bezug auf die Reduktion der Treibhausgase als nutzlos ein. Dies war eines der gesetzten Ziele. Zur Zeit wird ein eigenes Klima-Konzept erarbeitet, das Label ist unnötig.

Offene Abstimmung Antrag Fabian Schütz

Der Einwohnerrat lehnt den Kürzungsantrag von Fabian Schütz «Energiestadtlabel» mit 12 Ja- gegen 20 Nein-Stimmen ab.

8790.3130.01 Leitbild Strategie Energie

Martin Gautschi, (FDP): Wir müssen lernen zu priorisieren, es ist ein Problem von Windisch zu entscheiden, was wichtig und was unwichtig ist. Das Klima ist unbestritten ein grosses, ja sogar globales Thema. Eine Streichung von CHF 30'000.00 hat für das Klima keine Folgen. Wir müssen priorisieren und sparen.

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat lehnt den Streichungsantrag von Martin Gauschi «Leitbild Strategie Energie», Konto 8790.3130.01 mit 14 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen ab.

Karin Hefti (FDP): Es zeigt sich, dass der Weg mit Streichungsanträgen schwierig ist. Die FDP will, dass der Gemeinderat als Grundlage für die anfangs 2024 beginnenden Finanzworkshops einen konkreten Sanierungsplan vorlegt. Dies ist eine Voraussetzung, damit das Ziel bis im April erreicht werden kann. Der Antrag wurde bei der Budgetposition nicht akzeptiert. Ich stelle den Antrag nun beim Budget allgemein: «Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Sanierungsplan mit konkreten Sanierungsmassnahmen vorzulegen, welcher die kantonalen Vorgaben des mittelfristigen Haushaltsgleichgewichts berücksichtigt. Der Einwohnerrat berät danach die konkreten Sanierungsmassnahmen.»

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Der Antrag wird nicht zur Abstimmung zugelassen. Wie bereits erwähnt, muss dieser Antrag in Form eines Vorstosses eingereicht werden.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Budget 2024 der Einwohnergemeinde wird genehmigt.

Martin Gauschi (FDP): Die FDP ist mit dem Resultat nicht zufrieden und enttäuscht. Wir haben mit unseren Anträgen Vorschläge zum Sparen gemacht, in diesem Budget ist noch Sparpotential vorhanden. Die Partei ist enttäuscht. Die FDP-Fraktion will die Demokratie ernstnehmen. Wir ergreifen das Behördenreferendum, das Budget ist dem Volk zu unterbreiten. Das Volk soll sich zu diesem Budget äussern, in Anbetracht der Schulhaus-Abstimmung und der im Raum stehenden Steuerfusserhöhung. Die FDP beantragt, das Budget 2024 der Urnenabstimmung zu unterbreiten.

**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich informiere nochmals, wie der Gemeinderat die Finanzworkshops angehen will. Heute haben die Diskussionen begonnen, so soll auch in den Finanzworkshops diskutiert werden. Als Grundlage dient die Analyse der Abteilung Finanzen über alle Ausgabenpositionen, welche beeinflusst werden können. Wir zeigen auf, welche Entscheide der Einwohnerrat gefällt hat und wo es allenfalls wieder eine Botschaft braucht, um Entscheide aufzuheben. Wir erwarten, dass die Finanzworkshops für Diskussionen wie heute Abend genutzt werden. Die Fraktionen sind durch eine 2-er Delegation vertreten. Diese informiert anschliessend die übrigen Fraktionsmitglieder über die zu erledigenden Aufgaben. Wir werden eine Ebene erreichen, welche uns bei der Erarbeitung des Budgets 2025 eine Hilfe ist.

Was soll bei einer Volksabstimmung dem Volk kommuniziert werden? Dieses kann nur Ja oder Nein sagen. Der Gemeinderat wird keinen Infoanlass durchführen. Die bürgerlichen Parteien sollen die Diskussionen in den Finanzworkshops führen. Braucht es mehr Sitzungen, können diese ebenfalls genutzt werden.

Martin Gautschi (FDP): Es geht um die Frage der Gewaltentrennung. Es ist Aufgabe der Exekutive ein gutes Budget zu erstellen und wir fragen uns, weshalb diese Aufgabe an den Einwohnerrat delegiert wird. Der Gemeinderat hätte nach dem ersten Entwurf selbst zur Einsichtnahme gelangen müssen, dass eine bessere Lösung ohne Defizit erarbeitet werden muss. Der Gemeinderat macht es sich sehr einfach und delegiert seine Aufgaben an den Einwohnerrat. Das Volk soll entscheiden, ob es das Budget annehmen oder ablehnen will, anschliessend muss es nochmals überarbeitet werden. In der Wirtschaft es das Gleiche, wird ein Budget zurückgewiesen, muss es neu erarbeitet werden.

Offene Abstimmung Antrag Martin Gautschi

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag von Martin Gautschi, das Budget der Volksabstimmung zu unterbreiten, mit 12 Ja- gegen 24 Nein-Stimmen ab.



**Protokoll des Einwohnerrates
25. Oktober 2023**

Schluss der Sitzung: 22.40 Uhr

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:

Der Gemeindegeschreiber II: